

WEITBLICK



Erst Entwicklung, dann Bildung

Informationsveranstaltung „Erben“

Besoldungsrunde 2015/2016

Debeka

Versichern und Bausparen



*Debeka Versicherungsverein auf
Gegenseitigkeit – von Beamten
für Beamte gegründet*



Geschäftsstellen im Saarland

- Homburg** (0 68 41) 92 04 - 0
- Merzig** (0 68 61) 93 925 - 0
- Neunkirchen** (0 68 21) 290 20 - 0
- Saarbrücken** (06 81) 94 52 - 0
- Saarlouis** (0 68 31) 94 05 - 0
- St. Ingbert** (0 68 94) 95 58 96 - 0
- St. Wendel** (0 68 51) 93 966 - 0
- Völklingen** (06 81) 94 52 - 0

www.debeka.de

Debeka

Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, den Standpunkt des anderen zu verstehen. 1905 wurde die Debeka Krankenversicherung von Beamten für Beamte gegründet. Wir kennen den Bedarf und haben darauf unseren leistungsfähigen und kostengünstigen Versicherungsschutz für Sie abgestimmt. Nicht nur führende Wirtschafts- und Verbrauchermagazine, sondern insbesondere unsere Mitglieder bestätigen uns immer wieder die hervorragende Qualität unserer Produkte.



Profitieren auch Sie von unserer Leistungsstärke.

anders als andere

INHALT

3	Editorial	9	Informationsveranstaltung „Erben“	15	Stellungnahmen
4	Erst Entwicklung - dann Bildung	11	Was brauchen unsere Kinder?	21	Historische Entwicklung der berufsständischen Selbsthilfe
7	Unsere Senioren sind uns wichtig!	13	Besoldungsanpassung 2015/16		

EDITORIAL



Liebe Leserin, lieber Leser,

Schule als Reparaturbetrieb

Sobald die Gesellschaft einen tatsächlichen oder vermeintlichen Missstand entdeckt, fordert sie reflexartig von der Schule, dem abzuweichen. Aktuell beklagen zwei Drittel der Deutschen, dass es Kindern und Jugendlichen an Respekt mangle und wünschen sich ein Schulfach "Benehmen". Aber: „Es geht um mehr ...“ (S. 20)

Kindern fehlt psychische Reife

Der Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Michael Winterhoff, Autor des Buches „Warum unsere Kinder zu Tyrannen werden“, will keine Erziehungsratschläge geben, sondern untersucht Entwicklungsstörungen im Kindes- und Jugendalter aus tiefenpsychologischer Sicht. Er stellt bei vielen Kindern und Jugendlichen eine Regression in der Entwicklung fest. Wenn sie nicht schul- bzw. ausbildungsreif sind, dann deshalb, weil sie auf der Stufe von Kleinkindern stehen geblieben seien, also in einer frühkindlich-narzisstischen Phase, in der sie nach sofortiger Befriedigung ihrer Bedürfnisse verlangen. Diese Kinder seien nicht krank, sondern einfach nicht ausreichend entwickelt.

Eltern und Lehrer wichtige Bezugspersonen

Die soziale und emotionale Entwicklung vollziehe sich aber nur am Gegen-

über, also an Eltern und Lehrern. Fata-lerweise tendieren aber gerade diese wichtigen Bezugspersonen dazu, Kinder wie kleine Erwachsene zu behandeln. Selbst in Schulen würden Kinder oft durch partnerschaftliche Konzepte total überfordert. Deshalb plädiert Winterhoff für einen personen- und keinen lernorientierten Unterricht: „Offener Unterricht bietet für diese Kinder überhaupt keine Chance“ (S. 4: „Erst Entwicklung, dann Bildung“) Dazu passt nicht, dass zur Zeit Unterrichtskonzepte, die selbstorganisiertes Lernen propagieren, besonders hoch im Kurs stehen.

Empathie muss erlernt werden

Auch Gisela Mayer, Vorstandsvorsitzende der „Stiftung gegen Gewalt an Schulen“, sagt, dass Kinder, um sich gut zu entwickeln, feste Bezugspersonen brauchen. Sie verlor bei dem Amoklauf in Winnenden 2009 ihre Tochter und hat sich seither zur Aufgabe gemacht, anderen Menschen ein ähnliches Schicksal zu ersparen. In ihrem Vortrag „Was brauchen unsere Kinder?“ (S.11) an der UdS betonte sie, Empathie sei zwar angeboren; um sie als Fähigkeit auszuleben, müsse man sie allerdings üben, ähnlich wie man eine Sprache erlerne. Die wichtigsten Lehrmeister dabei seien die Eltern, und zwar nicht mit dem, was sie sagen, sondern mit dem, was sie tun.

Zusammenarbeit mehrerer Akteure notwendig

Während psychische Auffälligkeiten bei Kindern zunehmen, nimmt die Erziehungskompetenz der Eltern ab. Das belegt der gestiegene Bedarf an „Hilfen zur Erziehung“ nach §§ 27ff. SGB VIII.

Auch Lehrer tragen Erziehungsverantwortung, unterstützen Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und helfen bei der Bewältigung kritischer Lebenssituationen. Sie können diesen Aufgaben aber nur gerecht werden im Zusammenspiel mit Eltern, Schulsozialarbeitern, Kinder- und Jugendhilfe und der Schulaufsichtsbehörde.

Kinderschutz ins Schulordnungs-gesetz

Das Saarland ist gerade dabei, den Kinderschutz in sein Schulordnungs-gesetz aufzunehmen; einerseits, um ein Kind zu schützen, wenn sein leibliches, geistiges oder seelisches Wohl gefährdet ist, und andererseits, um Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit anderer abzuwehren, die vom Kind ausgehen. In der Praxis aber wird es in diesem heiklen Bereich juristisch und pädagogisch schwierig sein, das schulische mit dem elterlichen Erziehungsrecht in Einklang zu bringen. (S.15)

Ihre Inge Röckelein
23.05.2015

ERST ENTWICKLUNG, DANN BILDUNG

„Frau Schmitz war das Gesetz“

Der Bonner Kinder- und Jugendpsychiater und Bestseller-Autor Dr. Michael Winterhoff verlangt parteiübergreifend ein rasches Handeln, um unseren Kindern eine Zukunft zu ermöglichen, in der sie selbständig leben und arbeiten können.

Weitblick: Herr Dr. Winterhoff, Sie attestieren vielen Kindern und Jugendlichen in Deutschland eine fehlende Kindergarten-, Schul- und Ausbildungsreife. Woran machen Sie dies fest?

Zunächst muss man sagen, dass ich seit 30 Jahren als Kinder- und Jugendpsychiater arbeite. Es handelt sich hierbei um völlig neue Störungsbilder, von denen die Gesellschaft gewissermaßen überrollt wird. Der Grundsatz ist, dass das Entwicklungsalter normalerweise nach sich zieht, wie man die Welt sieht und wie man sich letztendlich verhält. Ein Fünfjähriger würde sich normalerweise im Restaurant benehmen – nicht, weil er erzogen ist, sondern weil er wahrnimmt, dass er sich in einer fremden Umgebung befindet und dass da Menschen sind, die er nicht stören möchte. So würde auch ein Kind ab drei Jahren die Mama als solche erkennen und einen Auftrag ausführen, weil die Mama eben was zu sagen hat. Es geht hierbei gar nicht um Gehorsam. Ein Grundschüler würde, wenn die Lehrerin es einfordert, ein Papier aufheben, wohingegen er der Aufforderung durch einen Mitschüler

nicht nachgehen würde.

Wir haben bis 1995 die Situation gehabt, dass wir wie selbstverständlich darüber verfügen konnten, dass sechsjährige Kinder schulreif waren. Sie haben erkannt, dass sie in einer Schule sind und dass da eine Lehrerin ist, die etwas zu sagen hat. Sie waren lernwillig, wissbegierig, konnten vier Stunden auf dem Stuhl sitzen bleiben und haben viele Dinge gemacht, auf die sie keine Lust hatten, so zum Beispiel Üben, Hausaufgaben etc. Die Kinder waren mit der Lehrerin verbunden, Frau Schmitz war quasi das Gesetz. Heute haben wir im Grundschulbereich viele Kinder, die weit entfernt sind von dieser Wahrnehmung, weil sie auf der Stufe von Kleinkindern stehen. Diese Kinder erkennen Sie daran, dass Sie ihnen grundsätzlich Aufträge doppelt und dreifach geben müssen.

Weitblick: Und welche Diagnose stellen Sie als Kinder- und Jugendpsychiater hinsichtlich emotionaler und sozialer Intelligenz beziehungsweise Entwicklung?

Dazu muss man natürlich sagen, dass man Psyche nicht sehen kann. Es gibt unterschiedliche Modelle, nach denen man beurteilt. Aus tiefenpsychologischer Sicht stehen diese Kinder bei 10 bis 16 Lebensmonaten, sie befinden sich also in der frühkindlich-narzisstischen Phase. In dieser Phase kann das Kind noch nicht unterscheiden zwischen Mensch und Gegenstand, das

heißt für das Kind ist der Mensch noch wie ein Gegenstand zu steuern. Das ist auch das, was Kinder überprüfen, wenn Sie als Lehrer Aufträge doppelt und dreifach geben. Es steht keine Verweigerung dahinter, sondern es wird überprüft, ob der Lehrer zu steuern ist. Und wenn Sie dann einen Auftrag doppelt erteilt haben, ist das Weltbild des Kindes bestätigt.

Weitblick: Nun könnte man sagen, dass Sie als Arzt hauptsächlich mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, die an einer Störung beziehungsweise Krankheit leiden, und dass die Realität doch nicht so schlimm aussieht, wie Sie sie darstellen.

Die Kinder, die zu mir kommen, leiden nicht an einer Krankheit. Es gibt im psychischen Bereich nur eine Erkrankung und das ist die Psychose, welche sehr selten ist. Alle Kinder, die zu mir kommen, sind auffällig, nicht krank.

Ich habe seit dem ersten Buch immer wieder die Leute aufgefordert, es selbst zu untersuchen. Sie können das ja einfach feststellen, wenn Sie sich vor eine Klasse stellen und den Schülern Aufträge erteilen. Ein grundschulreifes Kind würde den Auftrag einfach ausführen, nicht aus Gehorsam, sondern weil es erkennt, dass Sie ein Lehrer sind. Wenn Sie das heute machen, dann müssen Sie feststellen, dass viele Kinder Aufträge erst nach der zweiten Aufforderung ausführen. Von diesen Kindern rede ich, sie sind alle nicht

krank, sondern nicht entwickelt. Das Problem ist, dass Bildung an denen vorbeigeht. Erst Entwicklung, dann Bildung! Bis heute hat sich niemand bereit erklärt, sich überhaupt diesem Problem zu stellen, stattdessen gehen wir hin, gerade im Grundschulbereich, und bauen immer weiter Strukturen ab. Offen und frei, der Lehrer als Lernbegleiter, die Schüler sollen sich an der Theke bedienen. Dann haben Sie natürlich keine Probleme, da die Kinder sich dann ja selbst überlassen sind. Das Problem sehen Sie erst dann, wenn Sie die Kinder führen.

Weitblick: Worin liegen Ihrer Meinung nach die Ursachen für die von Ihnen beobachteten Entwicklungen?

Grundsätzlich liegt es, wenn Kinder auffällig sind, immer an den Eltern. Nicht im Sinne der Schuld, sondern im Sinne der Dynamik. Bis 1995 gab es keine Entwicklungsstörungen, da waren die Auffälligkeiten der Kinder begründet in der Lebensgeschichte der Eltern. Heute hingegen ist die Auffälligkeit nicht in der Lebensgeschichte der Eltern begründet, sondern in gesellschaftlichen Veränderungen, die wir Erwachsene nicht verkraften. Schauen Sie mal in der Stadt in Gesichter. Sie schauen in genervte, gereizte, depressive Gesichter. Und wenn Sie jemanden sehen,

der strahlt und entspannt ist, dann denken Sie schon, dass er Drogen genommen hat. Die Erwachsenen haben sich ja generell verändert, sie sind zunehmend nur noch gehetzt, genervt, gereizt, überdreht. Da ist es doch naiv zu meinen, dass das an unseren Kindern vorbeigeht. Die Kinder brauchen Erwachsene, die in sich ruhen. Und wenn ich in mir Ruhe, dann habe ich eine Intuition, ein Gespür, mit Kindern

umzugehen. Wenn jetzt aber immer mehr Erwachsene nicht in sich ruhen, dann haben sie dieses Gespür nicht und die Kinder können sich nicht entwickeln. Dies betrifft aber nicht nur Eltern, auch Großeltern sind völlig unvernünftig geworden. Früher hätte eine Oma das Lieblingsessen gekocht, aber den Enkel auch klar gefordert. Heute, wenn eine Oma geliebt werden will, dann kann der Enkel machen, was er möchte. Auch im Lehrerbereich haben wir dieses Problem. Es geht nicht um Unterrichtsmethoden, sondern darum, wie man Kinder sieht. Gerade im Grundschulbereich sehen immer mehr Lehrer Kinder als Partner, als kleine Erwachsene, nach dem Motto: „Das kommt alles von alleine, die machen das selbst!“ Es gibt auch genug Lehrer, die von den Schülern geliebt werden wollen. Wenn ich das möchte, dann kann ich den Schülern auch nichts

rer. Deshalb brauchen wir gerade in der Grundschule einen personenzentrierten Unterricht – keinen lernorientierten.

Weitblick: Sie betonen die Notwendigkeit der Bindung an eine Bezugsperson und des personenzentrierten Arbeitens an der Grundschule. Gilt dies auch für die weiterführende Schule, wenn in der Grundschule nicht entsprechend gearbeitet wurde?

Ja, fragen Sie mal Lehrer der 5. und 6. Klasse, auch am Gymnasium. Es ist ein Desaster, sehr viele Schüler können nach der Grundschule nicht vernünftig schreiben, nicht vernünftig rechnen. Wir haben im Bereich des Gymnasiums jetzt ja auch schon Förderunterricht, damit die Schüler erst mal wirklich lesen, schreiben und rechnen lernen, um eine Basis zu erreichen, auf der man sie beschulen kann.

Weitblick: Sie beurteilen also freie pädagogische Konzepte (offener Unterricht, Lehrer als Lernbegleiter etc.) negativ, nicht nur in der Grundschule.

Diese Ideen sind ja nicht neu, sie kommen aus den 80er Jahren. Wenn Sie Kinder haben, die auf dem Stand der Schulreife sind, wie wir das 1990 noch hatten; wenn Sie Kinder haben, die intelligent sind; wenn Sie Eltern haben, die engagiert sind und nachmittags noch das mit den Kindern

nachholen, was sie am Vormittag versäumt haben – dann mag das funktionieren und eine Förderung sein. Aber es ist generell nur eine Förderung für eine kleine Gruppe. Worauf ich aufmerksam mache, ist, dass wir ja gar nicht mehr die Kinder von 1990 haben, dass wir heute eben immer mehr Kleinkinder in der Schule sitzen haben. Offener Unterricht bietet für diese Kinder überhaupt keine Chance, sich



*Fachkongress Ingelheim 2015
v.l.n.r.: Bernd Karst (VRB Rheinland-Pfalz), Dominik Schlick (VDR Saar), Dr. Michael Winterhoff, Carlo Kaden (Reale Bildung Deutschland)*

Quelle: VRB Rheinland-Pfalz

mehr abverlangen. Es ist also ein Problem aller Erwachsenen.

Ich bin kein Lehrer, die Frage der Unterrichtsmethode stelle ich nicht und sage auch nichts dazu. Der Punkt ist allerdings, dass wenn Sie immer mehr Kinder haben, die auf der Stufe von Kleinkindern sind, Sie sie erst mal entwickeln müssen. Die emotionale und soziale Entwicklung geht aber nur am Gegenüber, also in diesem Fall am Leh-

zu entwickeln. Wir brauchen heute einen intensiven, personenzentrierten Unterricht, damit wir die Kinder in der Psyche fördern. Ich befasse mich nicht mit der Frage der Lernmethoden, sondern mit der Frage der Entwicklung.

Weitblick: Ich möchte noch einmal auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu sprechen kommen, die Sie anfangs erwähnten. Wie stehen Sie zum technischen Wandel beziehungsweise zur Digitalisierung? Wie wirkt sich die zunehmende Digitalisierung auf die Kinder aus? Sehen Sie moderne Medien als Problem?

Anfang September erscheint mein Buch Mythos Überforderung, in dem es nur um den Erwachsenen geht. Das Problem für uns ist, dass wir mit der digitalen Revolution, den multimedialen Möglichkeiten, überfordert sind, besser gesagt uns selbst überfordern. Wir haben ja gar keine Erfahrung, wie viel uns davon gut tut und wir setzen uns einem sehr hohen Input aus. Viel zu viele Nachrichten und viel zu viele Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Wir müssen lernen, mit dem technischen Wandel umzugehen, uns nur zu bestimmten Zeiten dieser Möglichkeit zu stellen und darauf achten, nicht so viele Krisen- und Katastrophennachrichten aufzunehmen. Wir sollten immer wieder etwas tun, um zu uns zu kommen, also unseren Kern, das Ich, im Prinzip stärken. Nur dann können wir auch wie Erwachsene handeln. Da wir aber unerfahren sind, sind wir in Gefahr, uns viel zu viel damit zu bereseln, viel zu viel Input zuzulassen, dadurch kommt es, dass der Erwachsene sich überfordert fühlt, auch quasi wie ein Kind reagiert. In dieser Gesellschaft reagieren ja immer mehr Erwachsene wie Kinder; das fängt bei der Regierung an, das können Sie auch in vielen Firmen sehen und das können Sie bei vielen Lehrern und Eltern sehen. Dadurch dass der Erwachsene nicht das Medium bestimmt, sondern sich davon bestimmen lässt, ist er in Gefahr, sich zu überfordern. Wir müssen dringend an den Punkt kommen, dass wir steuern – nicht die Maschine uns.

Die Problematik bezüglich Digitalisierung und Kindern besteht darin, dass immer mehr Erwachsene nicht erwachsen sind und damit auch El-

tern nicht mehr erwachsen sind. Ein Erwachsener würde sehr klar festlegen, wann, wie viel und in welchem Alter ein Kind überhaupt Zugang zu diesen Möglichkeiten hat. Da aber Kinder in Deutschland gar nicht mehr als Kinder gesehen werden und da die Erwachsenen nicht mehr erwachsen sind, lässt man Kinder sehr früh zum Beispiel ins Internet, endlos; man hat sie damit ruhiggestellt. Der Computer, beziehungsweise das Internet, birgt eine große Gefahr, ich habe eine sofortige Lustbefriedigung, ein Bedürfnis wird unmittelbar befriedigt, was mit dem Säuglingsalter zu vergleichen ist. Der Computer ist ein extrem regressionsförderndes Medium, was natürlich dazu beiträgt, dass Kinder, wenn sie ihn viel zu viel nutzen, in ihrer Entwicklung in einem frühen Stadium stehenbleiben und dass eine extreme Suchtstruktur gefördert wird.

Weitblick: Welche Auswege können Sie anbieten? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, können die Kinder „nachreifen“.

Ja, man muss die Kinder ganz eng an sich binden und braucht sehr viel Ruhe. Druck ist für diese Kinder kontraproduktiv. Sobald sie Druck verspüren, sobald Sie als Lehrer Druck machen, machen sie dicht oder flippen aus. Man braucht möglichst gleiche Abläufe, weil gleiche Abläufe Halt und Sicherheit geben. Das Entscheidende bei der Bildung von Psyche ist das Anleiten. Man leitet die Schüler ganz viel an und begleitet sie in Abläufen, nur darüber bildet sich Psyche.

Weitblick: Zusammenfassend kann man also sagen, dass die Lösung des Problems primär eine Aufgabe der Lehrer und Erzieher ist.

Genau, Sie haben ja die Kinder viele Stunden, manchmal sogar einen ganzen Tag außerhalb der Familie. Man könnte das Wissen der Pädagogen in kürzester Zeit um das des tiefenpsychologischen erweitern; dann wäre auch klar, wie man Unterrichtsformen wählt, wie man vorgeht, damit die Kinder sich in diesen Bereichen entwickeln können. Das wäre eine große Chance. Wir haben kein Erziehungsproblem in Deutschland oder gar einen Erziehungsnotstand, sondern einen Entwicklungsnotstand. Ob das Kind sich in der Familie entwickelt oder in der

Schule, ist hierbei völlig egal. Die Schule und auch der Kindergarten sind also heute in ganz anderer Form gefordert als jemals zuvor.

Weitblick: Aufgrund von Inklusion und Migration sind die Anforderungen an die Lehrerschaft gestiegen und werden weiter steigen, was natürlich zu Unmut führt. Entsprechend gering wird die Bereitschaft ausfallen, sich mit tiefenpsychologischer Entwicklungspsychologie und Persönlichkeitsentwicklung zu beschäftigen. Was möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern diesbezüglich mit auf den Weg geben?

Dass viele Lehrer so empfinden, ist nachvollziehbar, und sie haben auch mein vollstes Verständnis. Man bezieht Lehrer nicht in Planungen ein und es wird ihnen einfach diktatorisch von oben immer mehr aufgedrückt. Hierbei ist es völlig egal, ob es sich um Qualitätsmanagement oder Inklusion handelt, es geht alles letztendlich zu Lasten der Zeit, die sie eigentlich für die Kinder haben. Und sie brauchen heute mehr Zeit denn je, weshalb ich mir auch wünschen würde, dass sich die Lehrer verbünden und darum kämpfen, dass sich etwas ändert. Es ist in der heutigen Zeit sehr schwer, noch an Morgen und Übermorgen zu denken. Politiker und viele andere denken nur noch für den Moment. Bei Kindern muss man aber einen längerfristigen Blick haben. Die Kinder, die heute in der Schule sind, sollen in 10 bis 15 Jahren selbständig leben und arbeiten können. Das muss das Ziel sein! Wenn man mit diesem Verständnis auf die Schüler zugeht, eine Klasse führt, dann klappt auch der Unterricht besser. Wenn man dieses Verständnis nicht hat, dann sind viele Schüler für einen nur nervig, weil sie einem eben dauernd die Struktur zerstören und man die doppelte Kraft braucht, um über den Vormittag zu kommen. Nicht nur eine Verbesserung des Kindes, sondern auch eine Verbesserung des gesamten Lernklimas und auch eine höhere Zufriedenheit des Lehrers wären die Folge, wenn er mit diesem Wissen seinen Unterricht gestalten würde.

UNSERE SENIOREN SIND UNS WICHTIG!

Erstes Seniorensseminar des VDR in Königswinter

Die dbb Akademie in Königswinter-Thomasberg hatte vom 30. März bis zum 1. April zu einem zweitägigen Seminar mit dem Thema „**Seniorenpolitik – nachberuflicher Neuanfang**“ eingeladen. Unter der Leitung der VDR-Seniorenvertreterin **Christa Nicklas** beschäftigten sich 14 Vertreter/innen aus zehn Bundesländern der VDR-Mitgliedsverbände mit der Seniorenpolitik des dbb und seiner Lehrerverbände. Im Fokus stand die Frage nach einer zielgerechten und ansprechenden Vertretung der Seniorinnen und Senioren,

und zwar im Bereich des TV-L als auch des Beamtentums.

Ausgehend von der Frage „Was leistet der dbb für die Pensionäre und Rentner?“ informierte **Wolfgang Speck**, Bundesvorsitzender der Senioren auf der Ebene des dbb über Aktuelles und Grundsätzliches aus der Seniorenarbeit.

Ausgehend von den aktuellen Gehaltsforderungen und den Tarifabschlüssen, deren Übertragung der dbb auf die Beamtenschaft und die Versor-

gungsempfänger fordert, kam er auf die Einstufung und Berechnung der Pflegeklassen zu sprechen. Er wies darauf hin, dass 100.000 Pflegebedürftige falsch eingestuft wurden, von denen wieder 20.000 Fälle korrigiert werden konnten. „Der dbb könnte hier den Pensionären mehr Rechtsbeistand geben“, forderte er in seinem ambitionierten Vortrag. Auch beim Tod eines Ehepartners bestehe Aufklärungsbedarf, vor allem was die anschließende Änderung der Steuerklasse und die



Die Teilnehmer/innen des 1. VDR-Seniorensseminars (v.l.n.r.):

vordere Reihe: Irmgard Weigelt, Hans-Otto Garbers, Wolfgang Speck (Referent), Christa Nicklas, Gert Hartz, Jörg Oesterreich
hintere Reihe: Manfred Berretz, Ubbo Minks, Konrad Dahlmann, Marlis Tasser, Wolfgang Stelzer, Harro Rhenius, Erich Mayer, Werner Hillen

Krankenkassenbeiträge betreffe. Der dbb leistet hier Hilfestellung, auch indem er Broschüren zu den relevanten Themen erstellt: So ist bereits „Erben und Vererben“ erschienen, die nächste Broschüre befasst sich mit der „Pflegebedürftigkeit“, ein „Notfallordner“ erscheint im nächsten Jahr und seniorenpolitische Veranstaltungen werden regional angeboten zu den Themen „Führerschein im Alter“, „Pflege“ usw. „Der dbb ist für seine Senioren aktiv!“, konstatierte Wolfgang Speck. „Es lohnt sich, auch als Pensionär Mitglied zu bleiben!“ Das kann sich auch im Alltag bezahlt machen. So hat z. B. jeder Pensionär dreimal im Jahr die Möglichkeit den Schlüsseldienst zu rufen, wenn er sich ausgesperrt hat. Die Kosten übernimmt der dbb.

Wichtige finanzielle Aspekte für Seniorinnen und Senioren brachte am folgenden Tag **Ubbo Minks** vom Bayerischen Realschullehrerverband und Referent für Angestelltenrecht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in seinem Vortrag „Berechnung und Hinzuverdienstmöglichkeiten“ nahe. Anhand der geschichtlichen Entwicklung zeigte er auf, dass die Beamtenversorgung im Wandel begriffen ist und neue gesetzliche Regelungen sich auf das Ruhegehalt negativ auswirken. Die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre war ebenso Thema wie Antragsruhestand, Schwerbehinderung, Dienstunfähigkeit und ihre Feststellung, Ruhestandsversetzung gegen den Willen des Beamten, Hinausschieben des Ruhestandeintritts und die Berechnung des Ruhehaltes, zu der er mehrere Beispiele ausgearbeitet hatte. Er verwies darauf, dass der dbb auch hier eine wichtige Dienstleistung erbringe: Auf Anfrage erhalten seine Mitglieder eine Ruhegehaltsauskunft. In seinem sehr informativen und pointierten Vortrag „Bildungspolitische Entwicklungen – Herausforderungen und Handlungsstrategien“ stellte der Bundesvorsitzende des VDR, **Jürgen Böhm**, unmissverständlich und eindeutig fest: „Fachkräfte im Lehrerberuf und Qualität sind unsere Themen.“ Er prangerte die Zerstörung des differenzierten Schulsystems an und wies Stellschrauben zu seiner Zerstörung auf:

- Kommunalisierung der Bildungslandschaft
 - Veränderung der Rahmenbedingungen zu Gunsten der Gemeinschaftsschulen
 - (Lehrereinsatz, Klassenstärken,...)
 - Inklusion
 - Veränderung der Strukturen der Personalvertretungen
 - Aufweichung der Übertrittsbedingungen, Reduzierung der Leistungsanforderungen
 - Veränderung der Lehrerausbildung
 - Senkung des Bildungsniveaus.
- „Stehen wir vor einer bildungspolitischen Wende zu Lasten der Qualität unserer Bildung?“ fragte Jürgen Böhm die Teilnehmer und nannte gleichzeitig die Herausforderungen, denen sich eine moderne Bildungspolitik stellen müsse:

- Deckung des Fachkräftemangels
- Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung
- Qualität der Bildung – keine Niveauabsenkung
- Stärkung der Rolle der Lehrkräfte (Hattie-Studie)
- Integration von Migranten in den Bildungsprozess
- Umsetzung einer verantwortlichen Inklusion
- Schaffung und Stärkung von Übergängen und Anschlüssen

In der Stärkung der differenzierten Bildungsgänge sieht er das Fundament für eine qualitative und zukunftsfähige Bildung.

Im anschließenden Workshop mit dem Bundesvorsitzenden zum Thema „Zukunft der Seniorenbetreuung“ trugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer Bestandsaufnahme die bisherigen Aktivitäten in den Landesverbänden zusammen und diskutierten über ihre Effektivität. So wurde u.a. genannt:

- eigene Aktivitäten (Theaterbesuche, Informationsveranstaltungen, Informationsblatt alle zwei Monate, Geburtstagsgrüße)
- Informationsmappe für Seniorinnen und Senioren (siehe Homepage: www.vnl-vdr.de oder www.nbb.dbb.de)
- Flyer erstellen

- Pensionäre können in der Zeitschrift über ihre Hobbys berichten
- Zum runden und halbrunden Geburtstag erhalten sie einen Blumenstrauß
- Ein halbes Jahr kostenlos die Zeitschrift „AiR“ (Aktiv im Ruhestand) zusenden
- Gemeinsames Treffen aller Pensionäre
- Berichte in der Zeitung über durchgeführte Veranstaltungen
- Internetzugang für Seniorenarbeit
- Ein gemeinsames Treffen in einer größeren Stadt, zu dem die Pensionäre selbst anreisen
- Jeden Monat eine Aktivität mit dem Ehe- / Lebenspartner (z. B. Brauereibesichtigung)

Anregungen findet man auf folgenden Internetseiten:

www.lehrernrw.de/verband/senioren.html, www.news4teacher.de.

Wie die Zusammenstellung zeigt, ergab sich eine recht beeindruckende Vielfalt, die jedoch bisher überwiegend dem Engagement einzelner Verbandsvertretungen zuzuschreiben ist. Alle waren sich einig darin, dass die zukünftige Zusammenarbeit über Landes- und Verbandsgrenzen hinweg Anregung und Motivation sein kann, den Ideenreichtum zu beflügeln, die Arbeit zu erleichtern und so das gemeinsame Ziel einer guten und für die Senioren interessanten Betreuung zu gewährleisten.

Der letzte Tag der Fortbildung stand unter dem Motto „Seniorenpolitik für Frauen. Die stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundesseniorenvertretung, **Uta Kramer-Schröder**, zugleich Mitglied der Bundesfrauenvertretung, lenkte die Aufmerksamkeit auf das Thema Pflege und die damit einhergehenden Anforderungen. Sie gab etliche wichtige Informationen zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten, erhob aber auch Forderungen nach mehr Transparenz und Unterstützung in der Pflege.

Alle Teilnehmer nahmen wichtige Informationen mit nach Hause und sprachen sich dafür aus, dieses Treffen zu einer regelmäßigen Einrichtung werden zu lassen.

INFORMATIONSV- VERANSTALTUNG „ERBEN“

**Der Seniorenbeauftragte informiert:
„Schenk mir dein Haus!“ - Gefahren der vorweggenommenen Erbfolge**

Der Landesvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), auch gleichzeitig Seniorenbeauftragter des VDR Saar, Werner Hillen, lädt alle Interessierten zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein.

Für viele ist es ein Tabuthema: Erben und Vererben, Erstellen eines Testaments. Doch richtiges Handeln spart nach dem Tod viele Streitigkeiten und Auseinandersetzungen unter den Nachkommen.

Rechtsanwalt Marwin Roth, Saarbrücken, referiert über die Themen, die bei der Errichtung eines Testaments zu berücksichtigen sind. Dabei werden die Fragen behandelt, die bei der täglichen Beratung der Mandanten immer wieder auftreten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vortrages widmet sich der Möglichkeit, Teile des eigenen Vermögens bereits zu Lebzeiten auf die Nachkommen zu übertragen. Besonders bei der Übertragung von Immobilien ist dabei eine Vielzahl von Fragen schon weit vor dem eigentlichen Notartermin zu klären und in die Nachfolgeregelung aufzunehmen. Die Chancen zur Vermeidung von Streit unter den Nachkommen, die Sicherung der Immobilien als Familienvermögen und ganz besonders die Sicherung des Zugriffs des Erblassers auf seine Immobilie in einem eventuellen Notfall sind dabei nur einige Themen, die von allgemeinem Interesse sind.



VDR-Seniorenvertreterin Christa Nicklas im Gespräch mit Werner Hillen

Fragen aus dem Publikum sind ausdrücklich erwünscht! Nach dem Vortrag besteht darüber hinaus die Möglichkeit zum Gespräch mit dem Referenten.

Der Eintritt für diese Veranstaltung ist frei.

Anmeldung erbeten entweder:

in der Geschäftsstelle des VDK
Mail: saarland@volksbund.de;

Tel.: 06806/95 20 90
oder:

beim Seniorenbeauftragten
Werner Hillen

Mail:
hillen@arbeit-fuer-den-frieden.net ;
Tel.: 0163-5529378

Wegen der Wichtigkeit und Bedeutung dieses Themas können auch gerne noch aktive Lehrer/innen daran teilnehmen.

Termin:

29. Juni 2015, 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:

**Casino der Offiziersheim-
gesellschaft Saarlouis**

in der Graf-Werder-Kaserne
Wallerfanger Straße 31
66740 Saarlouis

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN, INDIVIDUALISIERUNG, NETZWERKPFLEGE ...



Teilnehmer/innen der Nachwuchstagung des VDR

„Junge Funktionsträger im VDR“ diskutierten Auswirkungen gesellschaftlicher Megatrends auf Bildung und Schule

Isabelle Anton und Karsten Vitz waren die Teilnehmer des VDR Saar auf der Jahrestagung vom 23.-25. April 2015 in Arnstorf/Niederbayern. Dort befasste sich der Arbeitskreis „Junge Funktionsträger und -trägerinnen im VDR“ mit zentralen gesellschaftspolitischen Megatrends, die künftig in der Bildung und im Schulwesen erwartet werden. Eine breite Akzeptanz von Bildung als lebensbegleitendes „Lebensstilelement“, neue Formen der Arbeitsorganisation in der Wirtschaft und eine fortschreitende Individualisierung bedingen, dass Weiterbildungsbereitschaft und -fähigkeit lebenslang erhalten bleiben und Lernen dauerhaft mit einem positiven Lebensgefühl verbunden sein müssen. Auch werden sich der Aufbau und die Pflege von Netzwerken immer mehr zu strategischen Instrumentari-

en entwickeln, um Kräfte zu bündeln und gemeinsame Ziele leichter zu erreichen.

In dieser Situation sieht sich der VDR mit den von ihm vertretenen Formen des Mittleren Schulwesens sehr gut aufgestellt. Auf der Arnstorfer Veranstaltung referierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Jürgen Böhm, vor den Tagungsteilnehmern und -teilnehmerinnen über eine jüngst während des Süddeutschen Realschultages in Ulm veröffentlichten Forsa-Umfrage. Darin hatten 95 Prozent aller Befragten erklärt, dass die Berufsorientierung ein wichtiger, resp. sehr wichtiger Teil der Schulbildung sei. 89 Prozent hatten angegeben, dass die Realschulen in Bayern und Baden-Württemberg eine wichtige bzw. sehr wichtige Rolle dabei spielen, dem wachsenden Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen. Böhm erteilte dem noch immer um sich greifenden „Akademisierungswahn“ im Schulwesen eine

- nunmehr auch statistisch belegbare - klare Absage und beschrieb die Rolle der Mittleren Schulformen bei der Berufsorientierung und -entscheidung in allen Bundesländern als unverzichtbar und besonders erfolgreich.

Eine Begegnung der Tagungsteilnehmer mit Bürgermeister Alfons Sittinger als Vertreter des Sachleistungsträgers für die Arnstorfer Schulen übersetzte die Wichtigkeit erfolgreicher Netzwerkarbeit mit ihrem Zusammenwirken von Schulen, Wirtschaft, Politik und vielen anderen ortsansässigen Organisationen sowie ein frühzeitiges Erkennen gesellschaftspolitischer Entwicklungen in die Praxis. Mit umfassender gegenseitiger Information und Verständnis für die Belange der mitbeteiligten Akteure seien auch kurzfristig zu lösende Probleme wie die schulische Betreuung der zahlreichen Flüchtlingskinder im Zuständigkeitsbereich professionell zu bewältigen.

WAS BRAUCHEN UNSERE KINDER?

WEITBLICK dokumentiert einen Vortrag von Gisela Mayer, den die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung gegen Gewalt an Schulen - Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden im Februar im Rahmen einer Fachtagung an der Universität des Saarlandes hielt. Mayer verlor eine Tochter beim Amoklauf an der Albertville-Realschule Winnenden am 11. März 2009.

Wenn wir uns die Frage nach dem menschlichen Miteinander stellen, so ist das eine alte Frage, eine Frage, die die Menschen seit Jahrtausenden bewegt.

Fangen wir also bei den Anfängen an: Aristoteles meinte vor etwa zweitausendvierhundert Jahren: „Der Mensch ist von Natur aus ein gemeinschaftsbildendes Wesen, er kommt erst in seinem Gegenüber ganz zu sich selbst.“ (Aristoteles, Politika).

Das ist eine weitreichende Aussage. Sie besagt, dass der Mensch nicht etwa ein soziales Wesen ist, weil es sich in der Gruppe einfach erfolgreicher jagen und damit besser leben lässt, also weil soziales Verhalten letzten Endes individuellem Überleben dient, sondern weil der Mensch erst im Kontakt zu seinen Mitmenschen zu dem wird, was er seinen Möglichkeiten nach sein kann.

Wir können unsere Fähigkeiten, unser Menschsein, erst im Umgang mit anderen ganz zur Entfaltung bringen. Das ist wie mit der menschlichen Sprache. Wir sind alle sprachbegabte Wesen – sprechen aber lernen wir nur, wenn wir ein sprechendes Gegenüber haben: Menschen.

Heute, also zweitausendvierhundert Jahre später, bestätigt die Neurobiologie diese Einsicht.

Die Frage nach dem, was den Menschen antreibt, wird nicht mehr mit dem Verweis auf einen „evolutionären Überlebenskampf“ oder ein „egoistisches Gen“ beantwortet, sondern „bereits die bloße Erwartung, freundlich

zugewandten anderen Menschen zu begegnen erweist sich als eine biologisch verankerte Grundmotivation.“ (Prof.J.Bauer, April 2011).

Allerdings ist es zu früh nun ein neues Zeitalter des „Gutmenschentums“ auszurufen. Der Mensch ist keineswegs ab sofort ein „gutes Wesen“, gleichwohl besitzt er einen sensiblen neurobiologischen Apparat, der massiv Einfluss auf seine alltäglichen Entscheidungen ausübt.

Wird das auf Kooperation und Fairness ausgerichtete Motivationssystem allerdings frustriert, wird soziale Akzeptanz, Zuwendung oder auch Gerechtigkeit verweigert, bleibt nicht nur die Aktivierung des Motivationssystems aus – obwohl allein das bereits schwerwiegende Folgen hat.

Wer einen Menschen unfair behandelt, ausgrenzt oder demütigt, tangiert damit die neurobiologische „Schmerzgrenze“ und muss mit Aggressionen und letztlich Gewalt rechnen. Psychische Gewalt – Demütigung, Ausgrenzung, Mobbing – wird dabei vom menschlichen Gehirn in keiner Weise von physischem Schmerz unterschieden. Die Rede von der bösen Bemerkung, der Beleidigung, die ein „Schlag ins Gesicht“ des Betroffenen ist, erhält so eine ganz neue Bedeutung.

Aus der Sicht des menschlichen Gehirns ist soziale Akzeptanz ebenso überlebenswichtig wie körperliche Unversehrtheit.

Soziale Akzeptanz, Leben in Gemeinschaften, Bindungen sind Einflussfaktoren von enormer Bedeutung.

Noch mehr als für Erwachsene gilt dies für Kinder und die Beziehungen zu ihren Eltern und Angehörigen.

Bindungen, die aus der Verbundenheit mit anderen Menschen entstehen, kommt also eine überragende Bedeutung für das Aggressionsverhalten zu.

Obwohl das Motivationssystem mit dem starken Wunsch nach guten Beziehungen und sozialer Akzeptanz

ausgestattet ist, ist die Fähigkeit erwachsener Personen, emotional befriedigende zwischenmenschliche Beziehungen einzugehen, sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Wer aufgrund früherer, zumeist in der Kindheit erlittener Verletzungen, keine Bindung zu anderen Menschen aufbauen kann, hat in schwierigen Alltagssituationen auch schneller das Gefühl abgelehnt und ausgegrenzt zu werden.

Wo aber erfahren wir Verbundenheit, lernen, was es bedeutet anderen Menschen zu begegnen, Bindungen zu entwickeln?

Bei allen individuellen Unterschieden gilt: Kinder erlernen gewisse Verhaltensweisen in ihren Familien, indem sie ihre Eltern, Geschwister oder andere Bezugspersonen nachahmen.

Das ist der Kern dessen, was Aristoteles meint, wenn er sagt, der Mensch sei „wesentlich auf den anderen Menschen hin geordnet und bedürfe seiner, um ganz Mensch zu werden“.

Von der ersten Minute unseres Lebens an sind wir darauf angewiesen, dass uns ein menschliches Wesen gegenübertritt und uns zeigt, was es heißt, Mensch zu sein.

Wir vergessen häufig, dass uns Empathie nur als Fähigkeit angeboren ist. Wir müssen sie erlernen, indem wir üben, ähnlich wie die Sprache. Die wichtigsten Lehrmeister sind dabei im Allgemeinen die Eltern, sie stehen sozusagen Modell. Und zwar weniger mit dem, was sie sagen, als mit dem, was sie tun.

Empathie, das Vermögen mitzufühlen, zu erkennen, was den anderen Menschen, unser Gegenüber bewegt, zu spüren, wann seine Grenzen überschritten werden, wann er Hilfe braucht oder Schutz vor Verletzungen – will erlernt sein und es ist (wie Arno Grün sagt): „Die Schranke zum Unmenschlichen“.

Menschsein ist also kein Zustand, sondern eine ständige Aufgabe

Nun könnte man sagen – dann ist ja alles zum Besten bestellt.

Wir sind alle auf Kooperation ausgerichtet, brauchen den Kontakt, die Bindung, die Beziehung – und wir haben heute so viele Beziehungen wie niemals zuvor.

Wir kommunizieren nahezu ununterbrochen – via Handy, E-mail, Facebook.

Wir sind rund um den Globus vernetzt.

Sogar wenn wir mit anderen zusammen sind, sind wir häufig mit anderen verbunden – so etwa, wenn wir gemeinsam am Tisch sitzen und dabei ein jeder mit seinem Handy beschäftigt ist, oder wenn Eltern am Rand des Spielplatzes sitzen und telefonieren.

Wir sind beieinander – und doch ein jeder an einem anderen Ort, zusammen in der einen Welt und doch jeder in einer anderen?

Was sagt das über unsere Beziehungen?

Beziehungen sind vielschichtig und oft fordernd. Wir versuchen sie zu kontrollieren, zu vereinfachen, zu säubern.

Wir zeigen einander nicht unser ganzes Gesicht, lediglich den Teil, den wir für gut befinden. Wir können und wollen uns hinter einer Maske verstecken, zeigen uns nur so, wie wir gerne wären – und sehen auch vom anderen

nur das von ihm gewählte Bild seiner selbst, nie ihn selbst.

Der Markt digitaler Kommunikationstechnik lehrt uns allerdings auch ein anderes – wenn wir einander auf Distanz halten, können wir offensichtlich voneinander nicht genug bekommen.

Und das ist, bei aller Kritik an der Überflutung mit digitaler Kommunikationstechnik, die eigentliche Botschaft.

Wir brauchen einander, wir ertragen es nicht, nicht gesehen zu werden, ausgegrenzt zu sein, nicht dazu zu gehören.

Wir wollen, dass uns jemand zuhört, dass jemand Interesse an uns hat – deshalb prüfen wir ständig, ob wir auch Freunde haben.

Was aber brauchen wir eigentlich?

Das ist im Grunde ganz einfach: ZEIT – ZUWENDUNG – VERANTWORTUNG

ZEIT - es gibt kaum ein Gut, das rarer wäre, kaum jemanden, der nicht über Zeitmangel klagt.

Es geht aber auch gar nicht darum, möglichst viele Stunden miteinander zu verbringen. Es geht vielmehr darum, die Zeit, die wir füreinander haben auch wirklich miteinander zu verbringen.

Deshalb gehören Zeit und ZUWENDUNG zusammen. Wenn wir zusammen sind, wenden wir uns doch ein-

ander zu – und versetzen uns nicht an einen anderen Ort, indem wir telefonieren oder mal eben die E-Mails checken.

Wenn wir einander so ansehen, ganz ohne bestimmte Absicht, ohne bestimmte Fragen, ohne den Wunsch nach Selbstdarstellung – kann eine Zeitstunde mehr bedeuten als stundenlange „SMS-Gespräche“.

Dann beginnt das echte Gespräch – nicht das, was uns in den Medien in „Talk-Shows“ als Gespräch vorgegaukelt wird – der Schlagabtausch diverser Statements von Selbstdarstellern.

Und dann wird auch das mit der VERANTWORTUNG ganz einfach. Denn wir haben Verantwortung – allerdings nicht für die ganze Welt, nicht für dieses und jenes – wohl aber für unser eigenes Tun und das Hier und Jetzt. Für unser Gegenüber, dafür, dass wir dann, wenn wir bei ihm sind auch ganz bei ihm sind – und nicht anderswo.

Schauen wir also hoch – schauen wir einander ins Gesicht, beginnen wir wieder mit dem echten Gespräch.

Dieses Gespräch brauchen wir so nötig wie die Luft zum Atmen, denn wir brauchen einander – wie vor zweitausendfünfhundert Jahren,

„Erst in unserem Gegenüber kommen wir ganz zu uns selbst“ - werden wir, was wir sein können.

LEBENS LAUF Gisela Mayer, M.A., geb. Csik

- 1976 Abitur, Max Born Gymnasium, Backnang
Studium Ludwig-Maximilians-Universität und TU München
- 1979 Abschluss Mineralogie
- 1985 Magister Artium Philosophie, Psychologie, Kristallographie
- 1985-1987 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Philosophischen Lehrstuhl in Bayreuth
- 1987 Autorin „Philosophisches Lehr- und Lesebuch“ mit dem philosophischen Lehrstuhl der LMU München
- 1987-1991 Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung
Organisation und Durchführung von Seminaren
- seit 1991 Mitarbeiterin des Metzler-Verlages, Literatur-Lexikon, Fachbereich Psychologie, Philosophie
- seit 2004 Lehrtätigkeit im Bereich Erwachsenenbildung
Seminare, Workshops zu Themen der Philosophie/Psychologie.
- 2004-2010 Leitung integrativer Gruppen der Lebenshilfe Rems-Murr, e.V.
- Seit 2005 Lehrtätigkeit an den Rems-Murr-Kliniken, Ethik für Pflegeberufe
- Seit 2008 Lehrtätigkeit an verschiedenen Schulen des Internationalen Bundes IB,
Ausbildung KinderpflegerInnen ErzieherInnen
Verschiedene Schularten, BFS, BK, SG
Organisation des Fachbereichs Ethik
- 2009 Gründung des Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen
- Seit 2012 Vorstand und konzeptionelle Leitung der Stiftung gegen Gewalt an Schulen, Winnenden

BESOLDUNGSANPASSUNG 2015/2016



Zufriedene Gesichter nach der Verhandlungsrunde

Einigung zwischen Landesregierung und Gewerkschaften - Tarifiergebnis wird wirkungsgleich mit zeitlicher Verschiebung auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen

Im Spitzengespräch zur Besoldungsanpassung 2015/2016 am 19. Mai 2015 zwischen der Landesregierung (das komplette Kabinett war vertreten) und den Gewerkschaften konnte eine Einigung erzielt werden. Das Tarifiergebnis vom 28. März 2015 im Gesamtvolumen von 4,6 Prozent für die Länderbeschäftigten wird wirkungsgleich mit zeitlicher Verschiebung auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen übertragen. Das Gesamtpaket im Einzelnen: 2015 lineare Erhöhung um 1,9 Prozent, 2016 lineare Erhöhung um 2,1 Prozent, mindestens 75 Euro (der Mindestbetrag wirkt bis in die Besoldungsgruppe A 11/A 12). Zusätzlich werden in 2015 und 2016 jeweils 0,2% den Versorgungsrücklagen zugeführt. Die Auszahlung erfolgt in 2015 - wie schon

am 8. Juni 2013 vereinbart - bis Besoldungsgruppe A9 zum 1. Mai, bis A13 zum 1. Juli und ab A14 zum 1. September. In 2016 wird die Auszahlung um weitere zwei Monate verschoben, d.h. bis Besoldungsgruppe A9 zum 1. Juli, bis A13 zum 1. September und ab A14 zum 1. November. Die Anwärterbezüge werden jeweils zum 1. Juli 2015 und 2016 um je 30 Euro angehoben.

Zudem erhalten Beamtenanwärter einen zusätzlichen Urlaubstag (Erhöhung von 27 auf 28 Arbeitstage).

Mit den linearen Erhöhungen in 2015 und 2016 nehmen die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen nach 2010 erstmals wieder im Gleichschritt mit den Tarifbeschäftigten des Landes an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil. Dem dbb-Landesvorstand war es in den vielen Gesprächen mit der Politik in den letzten Wochen und Tagen wichtig und für die Fortführung der weiteren Gespräche Vorausset-

zung, dass die Landesregierung und der Landesgesetzgeber im Rahmen der schwierigen Umsetzung der Schuldenbremse und der damit gesetzlich vorgegebenen Haushaltskonsolidierung die beiden Statusgruppen gleich behandelt, die bisherigen erbrachten Sparbeiträge der Beamten anerkennt und die gute Arbeit aller Beschäftigten wertschätzt.

Mit diesem Gesamtergebnis sind die Forderungen

des dbb saar und seiner Fachgewerkschaften in der Einkommensrunde 2015/2016 weitestgehend erfüllt. Mit den zeitlichen Verschiebungen der Besoldungsanpassungen in 2015 und 2016 liegt das Saarland im Trend der übrigen Bundesländer. Das vom dbb-Landeshauptvorstand beschlossene Musterklageverfahren zur amtsangemessenen Alimentation ist nach jetzigem Besoldungsstand nicht erforderlich. Mit Blick auf künftige Einkommensrunden ist jedoch die Botschaft des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. Mai 2015 nach erster Bewertung eindeutig. Auch in Zeiten verstärkter Haushaltskonsolidierung und bestehender Föderalismusreform ist eine verfassungskonforme Weiterentwicklung der Besoldung verpflichtend. Der dbb wird sich weiter für eine amtsangemessene Alimentation einsetzen!

Quelle: Mitteilung dbb beamtenbund und tarifunion saar vom 19. Mai 2015

CDU SAAR BESCHLIESST PAPIER ZU INKLUSION IM BILDUNGSSYSTEM

Wohl des einzelnen Kindes maßgeblich

Die CDU Saar spricht sich in der Frage der weiteren Umsetzung der Inklusion in der Bildungspolitik für eine an den individuellen Bedürfnissen der Kinder ausgerichtete optimale Förderung aus. Maßgeblich soll dabei das Wohl des einzelnen Kindes sein. Dazu hat gestern Abend der Landesausschuss der CDU Saar („kleiner Landesparteitag“) das Papier „Gemeinsam auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem“ beraten und einstimmig verabschiedet. Zu einer gelingenden Umsetzung der Inklusion im Saarland beitragen sollen unter anderem ein unabhängiges, nicht-staatliches Beratungsnetzwerk für Eltern, die Stärkung der Inklusion in der beruflichen Bildung, der bedarfsorientierte Ausbau von Förderschulen zu freiwilligen Ganztagschulen sowie der Erhalt eines eigenen Förderschullehrantes.

„Die entscheidende Frage bei der Inklusion im Bildungssystem ist, was das Beste für das einzelne Kind ist“, erklärt

der Generalsekretär der CDU Saar, Roland Theis. „Dafür brauchen wir ein System mit vielfältigen Fördermöglichkeiten und eine größtmögliche Wahlfreiheit der Eltern. Denn sie wissen am besten, was gut für ihr Kind ist. Um den passenden Bildungsweg für ihr Kind zu finden, sollen sie Anspruch haben auf eine neutrale und ergebnisoffene Beratung. Ideologische Motive haben in diesem sensiblen Bereich hingegen nichts verloren.“ Inklusion bleibe eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die mit Augenmaß und mit Blick auf die aktuellen und zukünftigen Realitäten weiter voran gebracht werden müsse.

Der Beschluss des Landesausschusses umfasst folgende Positionen bzw. Themenbereiche: Wahlfreiheit für alle Betroffenen sichern – Neutrale Beratung und Begleitung der Eltern ermöglichen – Inklusion in der Regelschule weiterentwickeln – Förderschulen und Förderpädagogik stärken – Bildungs-

standards und Leistungsfeststellungen erhalten – Vorschulische Bildung und Betreuung – Inklusion in der beruflichen Bildung ermöglichen – Ressourcen zukunftsorientiert einsetzen und fortentwickeln.

*Pressemitteilung Nr. 29/2015
vom 20. Mai 2015*



*Thomas Schmitt Mdl,
Vorsitzender des Landesfachausschuss
Bildung der CDU Saar*

JUBILARE DES VDR SAAR

88 Jahre

Müller, Karl-Friedrich (10.05.)

83 Jahre

Bohlen, Agnes (15.04.)

70 Jahre

Lorang, Hans-Walter (13.05.)

60 Jahre

Schackmann-Klein,
Marie- Gertrud (30.05.)

Der VDR gratuliert seinen Jubilaren - auch denen, die nicht genannt werden wollen - recht herzlich!

*// Haben wir jemanden vergessen?
Bitte entschuldigen Sie unser Versehen. Wir sind dankbar für jeden Hinweis*

STELLUNGNAHMEN

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulordnungsgesetzes und weiterer Gesetze im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur Az: A4/B7/B3/C/D – o.2.3.o/o.2.4.o/o.2.10.o

I. zur Ausweitung des Ethikunterrichts

Der VDR begrüßt grundsätzlich die Ausweitung des Faches allgemeine Ethik auf die Klassen 5 bis 8 als Ersatzunterricht für den konfessionellen Religionsunterricht. Er kritisiert allerdings, dass es bislang keinen Lehrplan für das Fach Ethik in den Klassen 5 – 8 an Gemeinschaftsschulen gibt und dass von Seiten des Ministeriums keine Bereitschaft dazu besteht, die Schulen auch entsprechend zu personalisieren. Denn der Gesetzesentwurf geht davon aus, dass der Unterricht „künftig im Rahmen vorhandener schulischer Ressourcen“ stattfindet.

II. Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes

Dass das Saarland drei Jahre, nachdem das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten ist, neue Rechtsgrundlagen in sein Schulordnungsgesetz einfügt, ist unumgänglich.

Es geht einerseits darum, eine Schülerin oder einen Schüler zu schützen, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sein leibliches, geistiges oder seelisches Wohl gefährdet ist, und andererseits darum, Gefahren abzuwehren, die von Schülerinnen oder Schülern für die Sicherheit und Gesundheit anderer Schülerinnen und Schüler oder der Lehrkräfte ausgehen.

Beides sind außerordentlich heikle Bereiche, weil sie ggf. in Elternrecht eingreifen. Die Abgrenzung des schulischen Erziehungsrechts (Art. 7 GG) vom elterlichen Erziehungsrecht (Art. 6 GG) wird nicht nur juristisch, sondern auch pädagogisch immer schwieriger. Hier Augenmaß zu wahren, erfordert nicht nur Fingerspitzengefühl und Entscheidungskompetenz auf Seiten der Lehrkräfte sowie der Schulleitung, sondern auch viel Zeit, die die Lehrerinnen und Lehrer aufgrund ihrer hohen Unterrichtsverpflichtung und der vielfältigen anderen Aufgaben in der Regel nicht haben. Die Zunahme erzieherischer Aufgaben, die eigentlich in den Familien geleistet werden müssten, bringen die Lehrkräfte mitunter an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit. Deshalb wiederholt der VDR an dieser Stelle seine Forderungen:

- die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte und Schulleitungen zu senken,
- eine Klassenleiterstunde für alle Klassen einzuführen und bei der Personalzuweisung zu berücksichtigen und
- alle Schulen mit jeweils mindestens einem/einer Sozialarbeiter/ Sozialarbeiterin mit voller Stelle auszustatten.

III. Präzisierung der Vorgaben im beruflichen Bereich

Keine Stellungnahme durch den VDR

IV. Durchsetzung der Schulpflicht durch Zwangsmittel

Gegen die geplante explizite Regelung im Schulpflichtgesetz, die es der Schulaufsichtsbehörde gestattet, Zwangsmittel einzusetzen zur Durchsetzung der Schulpflicht, ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Der VDR befürchtet allerdings erheblichen Verwaltungsaufwand für die Schulen, insbesondere für die Schulleiterinnen und Schulleiter, um die gesetzlich festgeschriebene Schulbesuchspflicht gegebenenfalls gegen den Willen der Eltern durchsetzen, insbesondere bei Flüchtlings- und Asylbewerberkindern. Es bedarf der Klärung, wie diese Gruppe der schulbesuchspflichtigen Kinder erfasst wird, wer sie an den jeweiligen Schulen anmeldet, da mit Verständigungsproblemen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse gerechnet werden muss.

V. Änderung des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetzes

Der VDR hat keine grundsätzlichen Einwände, wenn für Bewerberinnen und Bewerber die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit die Übernahme ins Beamtenverhältnis nicht erfüllen, der Zugang zum Lehrerberuf erleichtert wird.

Der VDR bekennt sich aber nach wie vor deutlich zur Beibehaltung des Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer.

(5. März 2015)

Weitere Stellungnahmen des VDR
s. nächste Seiten



*Der Zyklus
des Lebens*

Empfängnis, Geburt, Kindheit, Jugend
und Reife bis ins hohe Alter –
das einzige was bleibt ist ständiger Wandel.

Unser Körper – eine lebenslange Herausforderung
und sichtbarer Spiegel unserer endlichen Lebensuhr!

www.koerperwelten.de



Gunther von Hagens'

KÖRPERWELTEN

Ab 2. Juli 2015
Congresshalle | Saarbrücken

zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung – Schulordnung – über die Gebundene Ganztagschule (Ganztagsschulverordnung) Az.: B 2 / A -

Der VDR möchte in der Verordnung festgeschrieben sehen, dass das Votum der Gesamtkonferenz zur Errichtung einer Gebundenen Ganztagschule für die Schulkonferenz bindend ist.

Begründung:

Wenn künftig das Vorschlagsrecht zur Errichtung einer Gebundenen Ganztagschule auch von der Schulaufsichtsbehörde oder dem Schulträger ausgehen kann, besteht die Gefahr, dass die Schulkonferenz das Kollegium der Schule überstimmt. Es wäre fatal, wenn Entscheidungen mit so weitrei-

chenden Konsequenzen von einem Personenkreis - Eltern und Schülern ab Klassenstufe 8 - getroffen würden, die selbst nur noch für eine begrenzte Zeit oder gar nicht mehr davon tangiert werden.

Demgegenüber sind Lehrerinnen und Lehrer in ganz erheblichem Maße betroffen, wenn ihre Schule in eine Ganztagschule umgewandelt wird. Nicht zuletzt geht damit auch eine Arbeitszeiterhöhung einher: vgl. § 11 der Ganztagsschulverordnung vom 30. Januar 2013:

„Grundsätze des Personaleinsatzes:

(1) Lehrkräfte werden neben der Erteilung des Unterrichtes tätig bei der Leitung der Lernzeiten und der ungebundenen und gebundenen Freizeit sowie bei der Betreuung der Schülerinnen und Schüler während des Mittagessens.

Es ist anzustreben, dass eine Lehrkraft im Rahmen ihrer Pflichtstunden möglichst in allen oben genannten Bereichen eingesetzt wird. Da der Einsatz der Lehrkräfte in der ungebundenen Freizeit und als Aufsichtspersonen in der Mittagspause grundsätzlich einen geringeren Aufwand erfordert als die Erteilung von Unterricht, wird er im Verhältnis 2:1 auf die Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer angerechnet.“

Der VDR weist an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass dieser Personaleinsatz der Pflichtstundenverordnung widerspricht. (vgl. Stellungnahme des VDR zu den Entwürfen A3 / S – FGTS/GGTS über die Gebundene Ganztagschulen vom 19.12.2012)

2. April 2015

VDR gegen unbezahlte Mehrarbeit

Schleichende Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung
für Lehrerinnen und Lehrer
verstößt gegen die Pflichtstundenverordnung

Weg mit der 2:1 Regelung
in der Ganztagsschulverordnung!

PRESSEMITTEILUNGEN

„Schule muss Freude am Lesen wecken“ - Warnung vor überzogener Digitalisierung von Bildung

Anlässlich des von der UNESCO ausgerufenen Welttages des Buches, der jährlich am 23. April stattfindet, weist Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, auf die Bedeutung des Lesens und des Schreibens für jede Form von Bildung hin.

„Lesen und Schreiben sind Kulturtechniken, die durch intensives Üben erworben werden müssen. Für Schule, Ausbildung, Studium und Beruf sind die entsprechenden Fertigkeiten unerlässlich. Fehlt hier die Routine, dann wird schon das Lesen kürzester Texte zur Anstrengung, von der Lektüre komplexer Artikel oder gar der Lektüre von Büchern ganz zu schweigen.“

Leider aber, so Kraus, würden im heutigen Deutschunterricht die Ansprüche

immer weiter heruntergeschraubt – alles solle offenbar spielerisch bleiben, Anstrengung und Übung scheinen verpönt. Vielen Schülern werde dadurch der Zugang zur Welt der Bücher verschlossen bleiben. Am Ende neigten die jungen Leute dazu, sich nur noch Häppchen aus dem Internet zu holen. Kritisch betrachtet Kraus auch den allseits reklamierten Trend zu mehr Digitalisierung der Schulbildung. Kraus dazu wörtlich: „Bevor wir schier euphorisch darüber diskutieren, ob es Tablets und Programmierunterricht schon in den Grundschulen braucht, sollten wir sicherstellen, dass wir allen Schülern die Freude am Lesen und an den komplexen Sprach- und Erzählungsnetzwerken, die wir Bücher

nennen, vermitteln. Dies ist auch die beste Vorbereitung für den kritischen Umgang mit Medien, egal, ob es sich dabei um gedruckte oder digitale Inhalte handelt. Da nicht alle Kinder die Freude am Lesen und die Nähe zum Buch in den Elternhäusern vorgelebt bekommen, ist eine flächendeckende Ausstattung der Schulen mit gut sortierten Schulbibliotheken umso wichtiger. Deutschland hinkt in Sachen Schulbibliotheken hinterher, dabei wäre hier bereits mit einem Bruchteil der Kosten, die für die Computerisierung von Schule veranschlagt werden, viel erreicht.“

Pressemitteilung des Deutschen Lehrerverbands vom 22. April 2015 zum Welttag des Buches am Folgetag



Gunther von Hagens'

KÖRPERWELTEN

& Der Zyklus des Lebens

GRATIS Hörführung für Schulklassen
2. bis 24. Juli 2015

2. Juli – 13. Sept 2015
SAARBRÜCKEN

Freier Eintritt für Lehrer

Didaktische Materialien zur Vor- und Nachbereitung des Schulklassenbesuchs und ein Anatomie-Quiz für Schüler (Klassen 5-8) sind **kostenlos in der Ausstellung** oder als Download auf der Webseite www.koerperwelten.de/Saarbruecken erhältlich.

congress centrum saar | ccs

www.koerperwelten.de



Umfrage unter Lehrern macht deutlich: Probleme mit dem Handschreiben in der Schule nehmen zu

BERLIN. Die Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland sehen immer häufiger, dass Schülerinnen und Schüler Probleme mit dem Handschreiben haben. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die der Deutsche Lehrerverband (DL) gemeinsam mit dem Schreibmotorik Institut, Heroldsberg, durchgeführt hat. Danach meinen vier Fünftel (79 Prozent) der an der Erhebung beteiligten Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen, die Handschrift ihrer Schülerinnen und Schüler habe sich im Schnitt verschlechtert. Sogar 83 Prozent der befragten Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer gaben an, dass sich die Kompetenzen, die Schüler als Voraussetzung für die Entwicklung der Handschrift mitbringen, in den vergangenen Jahren verschlechtert haben. Nach Einschätzung der an der Umfrage beteiligten Lehrkräfte haben die Hälfte der Jungen (51 Prozent) und ein Drittel der Mädchen (31 Prozent) Probleme mit der Handschrift.

DL-Präsident Josef Kraus forderte die Kultusminister der Länder auf, das Thema Handschreiben verstärkt in den Blick zu nehmen „Wir benötigen mehr Förderung der Grob- und Feinmotorik schon in den Kindertagesstätten und dann in den Grundschulen.“ Die Erzieherinnen und die Grundschullehrkräfte benötigten dafür angesichts der wachsenden Herausforderungen mehr Unterstützung. Zugleich kritisierte Kraus: „Die zunehmenden Probleme vieler Schüler mit der Schreibschrift muss sich auch eine Schulpolitik ankreiden lassen, die dem Schreiben und insgesamt der sprachlichen Bildung immer weniger Bedeutung beimisst.“ Als Beispiel nannte Kraus den reduzierten Grundwortschatz, die Arbeit mit Lückentexten und Multiple-Choice-Tests sowie die Flut an Kopien, die sich tagtäglich über die Schüler ergießt. Kraus betonte, dass es tendenziell einen Zusammenhang zwischen Lernleistung von Schülern und der Güte ihrer Handschrift gebe. „Wer gut und versiert schreibt, der prägt sich Geschriebenes besser und konzentrierter ein, er ist in-

tensiver bei der Sache, er schreibt bewusster, setzt sich intensiver mit dem Inhalt und dem Gehalt des Geschriebenen auseinander“, erklärte Kraus.

Der Schreibmotorikforscher Dr. Christian Marquardt, wissenschaftlicher Beirat des Schreibmotorik Instituts, erläuterte mit Blick auf die eindeutigen Ergebnisse der Umfrage: „Wir sehen vermehrt Probleme bei den motorischen Grundkompetenzen der Kinder. Aber auch Probleme, wenn es später darum geht, schneller und flüssiger zu schreiben. Schreibenlernen ist in erster Linie Bewegungslernen, und hier brauchen viele Kinder mehr Unterstützung.“ Und er erläutert: „die Studien und wissenschaftlichen Erkenntnisse des Schreibmotorik Instituts weisen darauf hin, dass Kinder durch gutes Motoriktraining schneller und besser schreiben. Daher plädieren wir aus wissenschaftlicher Sicht dafür, gemeinsam mit der Pädagogik neue Methoden für den Schreibunterricht in Schulen zu entwickeln – zum Vorteil für Kinder und Lehrkräfte.“

Wie gravierend sind die Probleme mit dem Handschreiben in der Schule? Und was lässt sich dagegen tun? Um diese Fragen zu klären, hatte der Deutsche Lehrerverband (DL) gemeinsam mit dem Schreibmotorik Institut, Heroldsberg, die Umfrage gestartet. Sie wurde zwischen Dezember 2014 und März 2015 online durchgeführt. Dabei wurden Lehrkräften aus Grundschulen und aus weiterführenden Schulen getrennte Fragebögen vorgelegt. An der Umfrage haben sich insgesamt mehr als 2.000 Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Deutschland beteiligt. Die Umfrage ist die erste ihrer Art in Deutschland; erstmals lassen sich damit qualifizierte Aussagen zur Entwicklung der Handschrift von Schülern treffen.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Das Problem der schlechten Schrift wird in der weiterführenden Schule sehr deutlich. Sind in der Grundschule noch 58 Prozent der befragten Lehrer mit der Entwicklung der Handschrift ihrer Schüler

„sehr zufrieden“, „zufrieden“ oder nennen sie „befriedigend“, so sind dies in der weiterführenden Schule nur noch 22 Prozent.

- Und ein Großteil der Schülerinnen und Schüler leidet darunter: Mehr als die Hälfte der befragten Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen beobachteten gerade mal bei höchstens 38 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler, dass diese 30 Minuten oder länger beschwerdefrei schreiben können.
- Es geht dabei auch um Bildungschancen: Nur die wenigsten befragten Lehrer (0,7 Prozent an weiterführenden Schulen, 1,4 Prozent an Grundschulen) sehen keinen Zusammenhang zwischen der Handschrift eines Schülers und seinen schulischen Leistungen.
- Die häufigsten genannten Ursachen aus Lehrersicht sind in der Grundschule: „Schlechte Feinmotorik“ (84 Prozent), „Zu wenig Übung zu Hause“ (61 Prozent) und „Fortschreitende Digitalisierung der Kommunikation“ (53 Prozent). In der weiterführenden Schule: „Wenig Interesse der Schüler an handschriftlichem Schreiben“ (69 Prozent), „Fortschreitende Digitalisierung der Kommunikation“ (69 Prozent) und „Zu wenig Übung zu Hause“ (65 Prozent). Dabei waren Mehrfachnennungen möglich.
- Die Schreibmotorik hat sich im Durchschnitt in den vergangenen Jahren verschlechtert, meinen schulformübergreifend 87 Prozent der befragten Lehrkräfte.
- Als Gegenmaßnahmen fordern jeweils drei Viertel (74 Prozent) der befragten Grundschullehrkräfte ein „Spezielles motorisches Schreibtraining“ sowie „Mehr Zeit zur Förderung im Unterricht“. An den weiterführenden Schulen sind dies 61 Prozent bzw. 67 Prozent.
- „Handschreiben lernen ist wichtig“ oder sogar „sehr wichtig“

– dies meinen 98 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer.

Der Deutsche Lehrerverband (DL) ist die Dachorganisation von 160.000 Lehrern, die in Bundesverbänden organisiert sind. Diese sind: der Deutsche Philologenverband e. V., der Verband Deutscher Realschullehrer, der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. sowie der Bundesverband der Lehrerinnen

und Lehrer an beruflichen Schulen e. V. Das Schreibmotorik Institut e. V., Heroldsberg, ist eine bundesweit einzigartige Einrichtung. Es beschäftigt sich mit der Forschung auf den Gebieten der Schreibmotorik und der Schreiberergonomie, vernetzt relevante Institutionen im Bereich des Handschreibens und versammelt Experten, die sich seit Jahren in Theorie und Praxis mit effizientem Schreiben beschäftigen. Es hat

Lehrmaterialien für den Schreibunterricht entwickelt und bietet Seminare für Pädagogen an. Das Institut wird vom Schreibgeräte-Hersteller Stabilo unterstützt, ist aber unabhängig und gemeinnützig.

Pressemitteilung des Deutschen Lehrerverbands und des Schreibmotorik Instituts e.V. vom 1. April 2015

Nicht für jeden ist Studium die beste Wahl: Studie des DIHK belegt Fehlentwicklung im Bildungsreich – Aufgabe, Schülern die vielfältigen Bildungswege aufzuzeigen

Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer, unterstützt die jüngsten Aussagen des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Eric Schweitzer. Dieser spricht von einer Überakademisierung in Deutschland, die dazu führe, dass zu viele studieren, die eigentlich in einer Berufsausbildung besser aufgehoben wären. Welche Folgen das hat, belegen neue Zahlen des DIHK, wonach deutsche Unternehmen mit den Absolventen aus dem Bachelor-Studium immer

unzufriedener sind. Haben 2011 noch 63 Prozent den Erwartungen der Unternehmen entsprochen, sind es heute nur noch 47 Prozent.

„Die Befragung des DIHK belegt eine seit Jahren laufende Fehlentwicklung in unserem Bildungssystem, die einseitig auf den Erwerb des Abiturs und des Hochschulabschlusses ausgerichtet ist. Es geht nicht darum, die akademische Ausbildung zu verteufeln. Vielmehr wollen wir der Gesellschaft bewusst machen, dass dieser Weg nicht für jeden die beste Entscheidung

sein muss.“

Der VDR-Chef betont: „Noch immer ist vielen Eltern und Schülern nicht klar, welche unterschiedlichen Wege das deutsche Bildungssystem bietet, um die eigene Schullaufbahn erfolgreich zu gestalten.“ Ziel müsse deshalb sein, das Informationsangebot weiter zu verbessern und für Aufklärung bezüglich Wechsel- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sorgen.

Pressemitteilung des VDR Bund vom 24. April 2015

DL-Präsident Josef Kraus zum „Pakt für Digitale Bildung“: „Bedeutung der digitalen Bildung nicht überschätzen – Chancen und Risiken abwägen“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, äußerte sich zum Papier der Bundesregierung mit dem Titel „Pakt für Digitale Bildung“ wie folgt:

„Erstens: Medienbildung ist ein wichtiger Auftrag von Schule. Die Bundesregierung soll aber nicht so tun, als seien die Schulen hinter dem Mond. Ob die Medienerziehung in den Schulen auf dem neuesten Stand von Hard- und Software stattfinden kann, hängt allerdings davon ab, inwieweit die Schult Träger ihre Schulen medial gut ausstatten. Hier gibt es regional erhebliche Unterschiede.

Zweitens: Man darf die Risiken, die eine überzogene Digitalisierung von Bildung anrichtet, nicht übersehen. Schule muss die jungen Leute von der Vorstellung abhalten, mit Hilfe moder-

ner Medien könne man sich mühelos und punktuell die gerade gebrauchten Informationen einholen. Eine solche Vorstellung verführt die jungen Leute zu Flüchtigkeit, sie provoziert Häppchenbildung und leistet einem undifferenzierten Umgang mit Sprache Vorschub. Ein so genanntes Download- oder Just-in-time-Wissen bringt wenig. Bildung braucht Konzentration, Ausdauer, Geduld und Ganzheitlichkeit.

Drittens: Sinnvolle Medienbildung baut auf einer intensiven Förderung des Lesens auf. Dafür braucht man zunächst vor allem Printmedien. Denn wer sich in einem Buch, in einem Lexikon oder in einer Bibliothek nicht auskennt, der kommt auch mit dem Internet nicht zurecht. Das gilt vor allem für die Grundschule. Ein Informa-

tikunterricht in der Grundschule ist viel zu früh. In den weiterführenden Schulen freilich sollte dieses Fach wenigstens für einzelne Jahrgangsstufen zum Pflichtfach werden.

Viertens: Zu einer modernen Medienbildung gehört es, dass junge Leute auf die gravierenden Gefahren des Missbrauchs neuer Medien – zum Beispiel die Preisgabe von persönlichen Daten, Verschuldung, Cyber-Mobbing – eingestimmt werden. Die Schulen allein können das nicht leisten. Dazu brauchen die Schulen die Unterstützung durch Profis, auch zum Zwecke der Elternbildung.“

Pressemitteilung des Deutschen Lehrerverbands vom 26. März 2015

PRESSEMITTEILUNGEN

Es geht um mehr als ein paar Benimmregeln und Höflichkeitsfloskeln

Der VDR Saar schaltet sich in die aktuelle Diskussion um die Frage ‚Benehmen als Schulfach?‘ ein. Landesvorsitzende Inge Röcklein erklärt: „Wenn jetzt einer Umfrage des Institutes YouGov zufolge 76 % der Deutschen dem Satz zustimmen: ‚Junge Leute haben zu wenig Respekt vor älteren Menschen‘, dann zeigt das, dass inzwischen auch in der breiten Bevölkerung wahrgenommen wird, was Lehrerinnen und Lehrer – insbesondere an den weiterführenden Schulen – schon längst wissen: Es gibt immer mehr verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche. Wie dramatisch die Fallzahlen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gestiegen sind, belegt der „1. Landesbericht über die Hilfen zur Erziehung“ im Saarland, der 2012 erschienen ist. Und nicht ohne Grund haben die saarländischen Schoolworker das Problem „Verhaltensauffälligkeiten“ zu ihrem Jahresthema 2013 gemacht. Die Ursachen dafür sind

vielfältig. Sie zu beseitigen, liegt nicht in der Macht der Schule. Ein neues Unterrichtsfach ‚Benehmen‘ hilft da wenig. Dennoch müssen sich Lehrkräfte täglich den Herausforderungen im Umgang mit Respektlosigkeit stellen. Es geht um Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht stören, Lehrer beleidigen, Mitschüler drangsaliieren und ohne Rücksicht auf lernwillige Klassenkameraden selbst die spannendste Unterrichtsstunde torpedieren. Lehrkräfte müssen immer häufiger ihren Unterricht unterbrechen, um pädagogisch regulierend einzugreifen. Das kostet viel Zeit und Kraft, verhindert erfolgreiches Lernen auf Seiten der Schüler und führt nicht selten auch zu Burnout bei den Lehrern. Daher fordert der VDR die nötige Unterstützung der Lehrkräfte durch eine ausreichende Versorgung aller Schulen mit jeweils einem Schulsozialarbeiter, der täglich an seiner Einsatzschule präsent ist. Außerdem den Ausbau des schulpsychologischen

Dienstes sowie zusätzlicher Lehrerwochenstunden für Programme zur Gewaltprävention, Konfliktbewältigung und Erziehungsberatung der Eltern. Bei Konfliktfällen erwarten die Pädagogen Rückendeckung durch die Schulaufsicht. Denn Erziehungspflicht ohne Sanktionsmacht ist eine der Ursachen, die bei Lehrern zu medizinisch relevanten Stress- und Belastungssymptomen führen.

Das Thema ist also viel brisanter als es die Bilder im Bericht der SZ vom 19.05.15 nahelegen: Es geht nicht um die Manieren von Buben in Herrenanzügen mit Schlips und Kragen oder von Mädchen in gouvernementhafter Pose an der edlen Kaffeetafel. Es geht darum, die Rahmenbedingungen an Schulen zu verbessern, damit Unterrichten wieder uneingeschränkt möglich und der Lernerfolg aller sichergestellt wird.

PM des VDR Saar vom 19. Mai 2015

VDR-Chef Böhm bei der Kultusministerkonferenz: Vielfalt der Bildungswege aufzeigen

dbb Lehrerverbände werben für systematische Maßnahmen zur Berufsorientierung

Schüler und Eltern noch besser über die Vielfalt der Bildungswege aufzuklären, ist gemeinsames Ziel der dbb Lehrgewerkschaften und der Kultusministerkonferenz (KMK). VDR-Chef Jürgen Böhm, der die dbb Delegation als Vorsitzender der Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft anführt, betonte beim gestrigen Jahresgespräch in Leipzig: „Noch immer ist vielen Eltern und Schülern nicht klar, welche unterschiedlichen Wege das deutsche Bildungssystem bietet, um die eigene Schullaufbahn zu gestalten.“ Gemeinsames Ziel sei es deshalb, das Informationsangebot weiter zu verbessern: „Jeder Schüler muss die für ihn richtige Schule finden. Bei Bedarf sollte es unkomplizierte Wechsel-

möglichkeiten geben, um so passgenau in eine Ausbildung oder ein Studium zu kommen“, erklärte Böhm.

Solidarität für angestellte Lehrkräfte gefordert

Die Chancen der vielfältigen Bildungslandschaft wurden in dem Meinungsaustausch mit der KMK auch unter dem Aspekt der Fachkräftegewinnung, der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund und der Förderung leistungsschwächerer Schüler beleuchtet. Böhm appellierte hierbei an die KMK: „Wenn wir die Erfahrungen und Maßnahmen der einzelnen Länder bei der Berufsorientierung und Integration systematisch bündeln, können wir daraus bundesweite Empfehlungen ableiten und umsetzen.“ In Bezug auf die Wirtschaft bat KMK-Präsidentin Brunhild Kurth die Lehrgewerkschaften um

Unterstützung: Man müsse verdeutlichen, dass die Praxis der vergangenen Jahre, Ausbildungsplätze abzubauen oder zusehends an Abiturienten zu vergeben, angesichts des Fachkräftemangels in die Sackgasse führe. Weitere Themen waren die Hürden des unlängst eingeschlagenen Weges zu einem bundeseinheitlichen Abitur und Fragen der Lehrerbildung. Die Gewerkschaften nutzten das Gespräch zudem, um an die für die Lehrkräfte zuständigen Schulminister zu appellieren, sich in den aktuellen Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammengeschlossenen Landesfinanzministern solidarisch mit den Forderungen der Lehrerschaft zu zeigen.

PM des VDR Bund vom 13. März 2015

Lehrerverband betrachtet aktuelles Kopftuchurteil als problematisch

In einer ersten Stellungnahme hat sich der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus wie folgt geäußert:

„Nach den zurückliegenden Urteilen höchster Gerichte in dieser Streitfrage sind die Schulen über den aktuellen Karlsruher Richterspruch sehr überrascht, selbst wenn einzelnen deutschen Ländern abweichende gesetzliche Rege-

lungen eingeräumt werden. Vor allem scheinen in diesem Urteil die Probleme in der Umsetzung vor Ort nicht berücksichtigt zu sein. Wir befürchten, dass durch dieses Urteil in den einzelnen Schulen der Schulfriede gestört werden kann, z.B. wenn Eltern nicht-muslimischen Glaubens nicht damit einverstanden sind, dass ihre Kinder von Lehrerinnen

mit Kopftuch unterrichtet werden. Außerdem ist zu befürchten, dass durch dieses Urteil das für alle Lehrkräfte und öffentlich Bedienstete geltende politische und weltanschauliche Neutralitätsgebot ausgehebelt werden könnte.“

PM des Deut. Lehrerverbands vom 13. 3. 2015

HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER BERUFSSTÄNDISCHEN SELBSTHILFE

Herr Prof. Borscheid, als Wirtschafts- und Sozialhistoriker haben Sie sich über viele Jahre auch mit der Geschichte des Versicherungswesens beschäftigt und hierzu zahlreiche wissenschaftliche Publikationen verfasst. Zuletzt setzten Sie sich mit der historischen Entwicklung berufsständischer Selbsthilfe im 19. und 20. Jahrhundert intensiv auseinander und durchleuchteten diese einmal genauer. Auch hierzu ist eine Veröffentlichung entstanden. Wie muss man sich Ihre Herangehensweise an das Thema vorstellen?

Borscheid: Am Anfang stand eine Analyse der gesellschaftlichen Strukturen im Untersuchungszeitraum. Bekanntlich existierten im 19. Jahrhundert zwei Formen der Selbsthilfe: Einmal diejenige, in der sich die Menschen bei sozialen und wirtschaftlichen Problemen eigenständig – ohne fremde Hilfe – aus Notlagen zu befreien suchten. Zum anderen entwickelte sich aus den jeweiligen sozialen Gruppen heraus eine Form der Selbsthilfe, die sich durch einen hohen Organisationsgrad auszeichnete und auf dem Prinzip „Hilfst Du mir, helfe ich Dir“ beruhte. Fast jede Sozialgruppe – bei den Handwerkern angefangen, über kirchliche Würdenträger bis hin zu den Beamten – entwickelte im Lauf der Jahrhunderte eigene Selbsthilfeeinrichtungen, die sich der spezifischen Belange ihrer Mitglieder annahmen. Eine Idee, die im Übrigen bis heute unvermindert aktuell ist und gelebt wird.

Anschließend habe ich die Gründe untersucht, die zur Einrichtung von Selbsthilfeeinrichtungen führten. Die Beamten, die im Mittelpunkt der Untersuchung standen, setzten in vier zentralen Lebensbereichen den Gedanken der gegenseitigen Hilfe in eine entsprechende Organisation um. Zum einen sicherten sie ihre Gesund-

heit und Hinterbliebenenversorgung über Versicherungen ab. Zum anderen gründeten sie als Hilfe bei Geldangelegenheiten eigene Beamten-Banken. Schließlich errichteten sie zur preisgünstigeren Versorgung mit Lebensmitteln und Wohnraum eigene Konsum- und Baugenossenschaften.

Am Anfang ihrer Ausarbeitung steht die „soziale Frage“ im Deutschland des 19. Jahrhunderts: Ganze Bevölkerungsgruppen verkommen im Elend. Der Staat ist nicht mehr in der Lage, für die schnell wachsende Zahl der Bedürftigen aufzukommen. Eine Lösung muss her! Wie sieht die aus?

Borscheid: In einem ersten Schritt hat der Staat als Reaktion auf die Verarmung eines Großteils der Bevölkerung im Jahr 1876 das so genannte „Hilfsgesetz“ erlassen. 1883 folgte die Verabschiedung des Krankenversicherungsgesetzes im Rahmen der Bismarck'schen Sozialversicherung – benannt nach dem damaligen Reichskanzler. Neben diesen gesetzgeberischen Maßnahmen war die Eigeninitiative zur persönlichen Absicherung verschiedener Bevölkerungsgruppen jedoch weiterhin sehr erwünscht. Sie leistete einen wichtigen Beitrag zur Lösung der sozialen Problematik und führte gleichzeitig zur finanziellen Entlastung des Staates. Ein Phänomen – auch wenn es nicht so deutlich in der Öffentlichkeit angesprochen wird –, das bis heute Bestand hat und in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Die Landschaft der Krankenkassen im 19. Jahrhundert war durch und durch ein buntes Allerlei. Unterschiedlichste Klein- und Kleinstkassen von geringem Leistungsniveau und vielfältigen Leistungen existierten nebeneinander. Wie ließ sich eine Einheitlichkeit bzw. eine Bündelung herbeiführen?

Borscheid: Die Selbsthilfe einzelner

Bevölkerungsschichten brachte in Kombination mit der Errichtung von kommunalen Krankenversicherungen einen bunten Mix an Krankenkassen hervor. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, so wird geschätzt, gab es mehr als 22.000 Zwangskassen, die zum Teil nur zehn Mitglieder hatten. Aus Sicht der Risikokalkulation waren diese Kleinstkassen nicht leistungs- und überlebensfähig. Nach der Verabschiedung des Versicherungsaufsichtsgesetzes im Jahr 1901 ließ das neu geschaffene Versicherungsaufsichtsamt kleinste und nicht rentable Kassen schließen oder drängte sie zu einer Fusion mit größeren und wirtschaftlich stabileren Krankenkassen. Gleichzeitig brachten viele kleine Kassen ihre Bestände freiwillig in größere Versicherungen ein, so auch im Bereich der Krankenversicherung für Beamte. Viele kleine kommunale Einrichtungen schlossen sich ab 1905 der damaligen „Krankenunterstützungskasse für die Gemeindebeamten der Rheinprovinz“ an – der heutigen Debeka Krankenversicherung, die unverändert ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit ist. Dieser Konzentrationsprozess führte dazu, dass sich große und bis heute wachsende Krankenversicherungen etablierten und inzwischen eine unverzichtbare Säule im deutschen Gesundheitssystem darstellen.

Das Prinzip der Selbsthilfe scheint in der Gründungshochphase vieler Versicherungen ein entscheidendes Motiv gewesen zu sein. Wie ist dieser Leitgedanke in unserer heutigen Zeit einzuordnen? Ist Selbsthilfe noch „in“?

Borscheid: Auch heute ist der Gedanke der Selbsthilfe nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil unseres sozialen Sicherungssystems. Wir finden ihn in den privaten Krankenversicherungen wie auch im Bereich der Alters- und Hinterbliebenenversor-

gung. Riester- und Rürup-Rente sowie der Pflege-Bahr sind nichts anderes als eine staatlich motivierte und finanziell geförderte Selbsthilfe, die sowohl für die private Absicherung, als auch für die Entlastung des staatlichen Haushalts unerlässlich sind. Es steht außer Zweifel, dass Selbsthilfe und Gegenseitigkeit angesichts des demographischen Wandels und der horrenden Staatsverschuldung in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen werden.

Die private Krankenversicherung steht immer wieder in der Presse. Besonders zu Wahlperioden werden Stimmen

laut, die vorschlagen, das duale System zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung abzuschaffen. Gerade auch im Hinblick auf die historische Entwicklung: Wie stehen Sie diesen Äußerungen gegenüber?

Borscheid: Das duale System hat sich in der Vergangenheit eindeutig bewährt. Als Nebeneinander von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung ist es in Deutschland historisch gewachsen, was bedeutet, dass es auf dem Willen und der Mitwirkung der Bevölkerung beruht. Es fußt – auch und gerade im privaten Bereich – auf den Zusammenschlüssen gleichartig

bedrohter Menschen, die ihre eigenen Krankheitsrisiken kollektiv abdecken wollten. In einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft müsste es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Wahlentscheidung von vielen Millionen Menschen für die private Krankenversicherung auch von denen respektiert wird, die in einem Einheitsystem das Heil sehen.

Eine Presseinformation der Debeka –
Versichern und Bausparen

IMPRESSUM

WEITBLICK – Das Magazin des Verbandes der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen

Ausgabe 02/2015

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten



www.vdr-saarland.de

Herausgeber

VDR Saar
Verband der Lehrkräfte
an weiterführenden Schulen

Landesvorsitzende

Inge Röckelein
Asterweg 4
66265 Heusweiler
Telefon 06806/60 83 35
i.roeckelein@gmx.de

Redaktion

Christian Wollscheidt (*Chefredakteur*)
christianwollscheidt@web.de

Dominik Schlick (*Redakteur*)
St. Johanner Straße 7
66125 Saarbrücken
dominikschlick@yahoo.de

Druck und Anzeigenverwaltung

AWO Sozialpädagogisches Netzwerk
– Projekt Faltblatt –
Gutenbergstr. 3
66280 Sulzbach
Fon: 06897/55244
Fax: 06897/567232
faltblatt@faltblatt-sulzbach.de
ISSN 2195-7622

Zuschriften

Die Einsender von Manuskripten, Briefen o. ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung durch den VDR einverstanden.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Bilder kann keine Verpflichtung seitens des VDR übernommen werden.

Für die mit Namen oder Kürzel gekennzeichneten Beiträge trägt allein der Autor die Verantwortung. Sie geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne, aber nur mit Genehmigung.

MITGLIEDSANTRAG

Werden Sie jetzt Mitglied des VDR Saar.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Saar e.V.

Inge Röcklein
Asterweg 4
66265 Heusweiler

Name, Vorname

Straße

PLZ

Telefon

Geburtsdatum

Dienstbezeichnung

beamtet

angestellt

Referendar bis

(voraussichtlich)

Änderungen teile ich dem VDR-Saar mit.

Ort, Datum

Ort

E-Mail

Schule

Stundenzahl

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Gleichzeitig ermächtige ich den VDR – Landesverband Saar, bis auf Widerruf die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bankverbindung VDR: Verband deutscher Realschullehrer
IBAN: DE77 5935 0110 0077 0011 21
BIC: KRSADE55XXX

Als Werbegeschenk wird gewünscht

Thermosbecher

Schreibset

Jahresbeiträge

mehr als 16 Unterrichtsstunden:

110 Euro

weniger als 16 Unterrichtsstunden:

70 Euro

Pensionäre:

65 Euro

Lehramtsanwärter, Studenten:

35 Euro

Geldinstitut

IBAN

Ort, Datum

Ort

BIC

Unterschrift

Geworben von:

Name, Vorname

Straße

PLZ

Ort

Mit dem Beitritt zum VDR werden Sie ohne weitere Kosten Mitglied im Deutschen Lehrerverband (DL) und im Deutschen Beamtenbund (dbb). Außerdem bieten wir Rechtsschutz in Verbindung mit dem dbb.



Fragen Sie jetzt nach dem aktuellen Zinsangebot in Ihrer Sparkasse!

Mit uns können Sie rechnen. Der Sparkassen-Privatkredit.

Der Unterschied beginnt beim Namen.

Der Sparkassen-Privatkredit hilft immer dann, wenn es im Leben drauf ankommt. Schnell und unkompliziert mit günstigen Zinsen und kleinen Raten. Entdecken Sie den Unterschied in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.privatkredit-saar.de



Wenn's um Geld geht

